

Mehr Familie, weniger Staat!

Familienpolitisches Positionspapier der AfD Sachsen-Anhalt

Den Familien in unserem Land geht es schlecht. Die Geburtenrate ist schon seit Jahren zu niedrig, die Scheidungsquote zu hoch. Die einzigen, die noch Kinder bekommen, sind die wenigen, bei denen Geld keine Rolle spielt, und die vielen, die nichts zu verlieren haben. Sie alle zusammen aber sind zu wenige, um den Bestand und die gedeihliche Entwicklung unseres Volkes zu sichern.

Die Not der Familien hat viele Gesichter: Da ist das kinderreiche Ehepaar, das gerne mehr Zeit mit seinen Kindern verbringen würde, aber nicht kann, weil auch bei ihnen ein Lohn nicht zum Leben reicht. Da ist die alleinerziehende Mutter, die zwischen dem Beruf und der Sorge um ihr Kind zerrieben wird. Da ist die junge Mutter, die ihr zweijähriges Kind gerne selbst betreuen würde, aber in die Kita gibt und an der Supermarktkasse nicht einmal die tausend Euro pro Monat verdient, die der Kitaplatz für ihr Kind den Staat kostet. Da ist ein junges Paar, das aus Angst vor Armut ganz auf Kinder verzichtet. Da sind die zahllosen Paare, denen durch permanenten Konsumterror das Streben nach materiellen Werten als Lebensziel eingeredet wird und denen das neue Auto und der zweite Jahresurlaub wichtiger sind als Kinder.

Die Politik und Medien unternehmen nicht nur nichts dagegen; sie feiern den Verfall der Familienstrukturen in unserem Land mit blumigen und verlogenen Begriffen wie „Regenbogenfamilie“ oder „Patchworkfamilie“. Die normale Familie wird als rückständige Form des Zusammenlebens und als Ort der Unterdrückung dargestellt; familiäre Bindungen erscheinen als Zwänge, von denen es sich zu emanzipieren gilt.

Anstatt unsere Kinder zu einem Leben in Ehe und Familie zu erziehen, werden sie vom Kindergarten bis zum Abitur im Geiste sexueller Beliebigkeit indoktriniert. Die Politik bevormundet die Familien und entreißt ihnen Aufgaben, die in der Familie am besten aufgehoben wären, während sie den Familien die Hilfe, die sie tatsächlich benötigen, versagt. Anstatt die niedrige Geburtenrate als Problem zu begreifen, nimmt die Politik das Sterben unseres Volkes wohlwollend hin, spricht verharmlosend vom „demographischen Wandel“ und präsentiert uns Einwanderung als wohlfeilen Ersatz für die fehlenden Kinder.

Wir sagen: Schluß damit! Wir brauchen eine familienpolitische Kehrtwende, die sich wieder auf die Förderung normaler Familien konzentriert. Die Ehe ist die auf Dauer angelegte Verbindung aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen – und sonst nichts. Sie ist keine beliebige Form der Gemeinschaft neben anderen, sie ist die Keimzelle der Gesellschaft, das Fundament unseres Staates und die Garantie für den Fortbestand unseres Volkes.

Die Politik muß den Familien den Rücken stärken und in Stand setzen, ihre Aufgaben selbst zu erfüllen, darf aber niemals in Konkurrenz zur Familie treten. Die Politik hat sich jeder Gängelung der Familien zu enthalten und ihnen stattdessen die Freiräume zu öffnen, die sie brauchen, um das zu tun, was sie besser können als jeder Staat: Dafür sorgen, daß unsere

Kinder zu selbstbewußten und verantwortungsvollen Mitgliedern unserer Gemeinschaft heranwachsen. In diesem Sinne fordern wir:

1. Die Umwandlung des „Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend“ in ein „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“.

Die Völker Europas und insbesondere Deutschland stehen in der schwersten Krise ihrer Geschichte. In keinem europäischen Staat erreicht die einheimische Bevölkerung noch die zur Bestandserhaltung notwendige Zahl von 2,1 Kindern pro Frau. In Deutschland liegt die Geburtenrate derzeit bei ca. 1,4 Kindern pro Frau, was einem Bevölkerungsverlust von 30 Prozent je Generation entspricht!

Die AfD stellt sich vor dem Hintergrund dieser dramatischen Entwicklung mit aller Entschiedenheit gegen den Begriff des demographischen Wandels! Demographischer Wandel ist die verlogene Verniedlichung eines Prozesses, an dessen Ende die vollständige Auslöschung der Völker Europas in ihrer gewachsenen Form steht. Einwanderung ist als Mittel zur Stabilisierung der Bevölkerung ungeeignet und unmoralisch. Das Aussterben der Deutschen und aller Völker Europas zu verhindern ist die oberste Pflicht eines jeden Deutschen und europäischen Politikers.

Die AfD fordert vor diesem Hintergrund, die Aufgaben des „Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend“ umzudefinieren und es in ein „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“ umzubenennen.

Das neugeschaffene Ministerium hat neben den klassischen Aufgaben eines Familienministeriums zwei neu große neue Aufgaben: 1.) die Einleitung umfangreicher Maßnahmen zur Hebung der Geburtenrate und die Prüfung dieser Maßnahmen auf Wirksamkeit. 2) Die Steuerung notwendiger Einwanderungsbewegungen insbesondere im Hinblick auf den Bedarf des deutschen Arbeitsmarktes und die Integrierbarkeit der Einwanderer.

2. Kinderfreundlichkeit als Staatsziel

Zur Absicherung der notwendigen staatlichen Anstrengungen fordert die AfD die Aufnahme einer ausgeglichenen Geburtenbilanz (mindestens 2,1 Kindern pro Frau) als Staatsziel in unser Grundgesetz.

3 Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird derzeit das gesamte Bruttoeinkommen der Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen werden und Sozialversicherungsbeiträge nur auf das entsprechend verminderte Einkommen bezahlt werden müssen.

4 Familiengründungskredite in angemessener Höhe

Junge Familien erhalten ein Ehestandsdarlehen von 50.000 Euro, welches jeweils mit der Geburt eines Kindes um 25 Prozent getilgt wird. Mit Geburt des fünften Kindes stellt die

Bundesbank einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von bis zu 500.000€ zum Erwerb eines Eigenheims zur Verfügung.

5 Müttergehalt in angemessener Höhe

Für Mütter ist ein staatliches Gehalt in Höhe von netto 500 Euro bis zum zehnten Lebensjahr des jeweils jüngsten Kindes zu zahlen. Ergänzt wird dieses Nettogehalt um 150 Euro für das zweite Kind 200 Euro für das dritte Kind und 250 Euro für jedes weitere Kind monatlich. Diese Zahlungen erfolgen unabhängig vom Verdienst eines gegebenenfalls vorhandenen Ehepartners und der Wahl der Betreuungsform.

Grundvoraussetzung für die Erlangung der entsprechenden staatlichen Zuwendungen ist die deutsche Staatsbürgerschaft und ein ununterbrochener Aufenthalt der Mutter in Deutschland seit mindestens zehn Jahren sowie nachgewiesene Deutschkenntnisse in Wort und Schrift.

6 Familienkunde als Schulfach

Im Schulunterricht ist das Fach Familienkunde einzuführen. Dieses Fach behandelt alle sozialen, biologischen, medizinischen und politischen Fragen des Ehelebens. Es vermittelt die Erkenntnis, dass die Zukunft eines Staates und der Wohlstand seiner Menschen langfristig nur im Rahmen einer ausgeglichenen Geburtenbilanz geregelt werden kann. Familie und Kinder sind die eigentlichen Aufgaben des Menschen als Lebensform und des Menschen als sozialem Wesen in einer Gesellschaft.

7 Echte Wahlfreiheit der Betreuungsform statt Krippenzwang

Das oberste Prinzip unserer Politik in der Frage nach der Kinderbetreuung ist der Grundsatz der Wahlfreiheit. Es soll den Eltern freistehen, ob sie ihr Kind während der ersten drei Jahre zuhause betreuen oder in einer Institution betreuen lassen. Während mittlerweile alle etablierten Parteien einseitig auf die Betreuung in Kitas setzen, behalten wir auch all jene Eltern im Blick, die ihre Kinder während der ersten drei Jahre nicht fremd betreuen lassen wollen. Wahlfreiheit heißt, daß wir beide Säulen der Kinderbetreuung: die familiäre und die institutionelle stärken wollen:

Familien, die ihre Kinder während der ersten drei Jahre selbst betreuen und damit dem Staat hohe Kosten ersparen, müssen dafür einen Ausgleich erhalten, der mindestens 50% der realen gesamten Kosten für einen Kita-Platz beträgt.

Ebenso ist die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten durch die Verdopplung der Betreuerzahl und deren Ausbildung zu verbessern. Ziel muss es sein, dass eine Betreuerin maximal 6 Kinder zu betreuen hat.

8 Erziehende verdienen den Schutz des Staates

Die AfD erkennt an, dass es im Leben von Familien Situationen geben kann, die einen Fortbestand der familiären Struktur unmöglich machen. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass Erziehungsberechtigte, auch dann mit der vollen Unterstützung des Staates und der Gesellschaft rechnen können, wenn familiärer Strukturen durch widrige Umstände zerbrechen. Eine Diskriminierung Alleinerziehender lehnen wir ab und treten dafür

ein, dass die oben geforderten Maßnahmen zur Kinderfreundlichkeit auch für Alleinerziehende in vollem Umfang erhalten bleiben. Benachteiligungen von Männern im Sorge- und Unterhaltsrecht wollen wir entgegenwirken.

9 Gebührenfreiheit des Studiums garantieren

Die AfD tritt dafür ein, das Ausbildungsniveau an unseren Universitäten anzuheben und fordert in diesem Zusammenhang auch Zugangsbeschränkungen wie etwa Aufnahmeprüfungen. Wir stellen allerdings klar heraus, daß nicht nach Geldbeutel, sondern nach Fleiß und Qualifikation ausgewählt werden soll. Das akademische Studium muß auf allen Stufen gebührenfrei bleiben. Die Finanzierung der Universitäten ist eine originäre Aufgabe des Staates.

10 Elternfreibeträge im Bafög erhöhen!

Die AfD wendet sich gegen Versuche, die Finanzierung des Studiums familienunabhängig zu gestalten. Den Kindern ein Studium zu ermöglichen, ist Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Generationen und eine originäre Aufgabe der Familien. Die Herausrechnung der studierenden Kinder aus dem Familienhaushalt wäre das falsche Signal. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Staat das Studium von Kindern aus wohlhabenden Juristen- und Arztfamilien finanzieren soll.

Familien, die nicht in der Lage sind, den Lebensunterhalt ihrer studierenden Kinder abzusichern, müssen allerdings stärker als bislang durch den Staat unterstützt werden. Da gerade Durchschnittsverdiener durch die geltenden Bafög-Regelungen übermäßig belastet werden, fordern wir, die geltenden Freibeträge um 50% anzuheben. Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern, von denen eines studiert, sind nach geltender Regelung 2235€ Monatseinkommen geschützt, nach unserer Forderung 3352€. Nur das Einkommen, das darüber liegt, kann auf den Bafög-Anspruch angerechnet werden.

11 Verdopplung der Pflegegeldsätze

Pflegebedürftige Senioren, die zuhause zumeist von Familienangehörigen gepflegt werden, erhalten ein sog. Pflegegeld. Die aktuellen Sätze sind jedoch gemessen an dem, was die Heimbetreuung kostet, viel zu niedrig. Wir fordern daher die Verdopplung dieser Sätze. Bei Pflegegrad 5 – dem höchsten Pflegegrad - besteht dann ein Anspruch auf 1802€ statt 901€.. Die Betreuung zuhause ist das Beste für unsere Großeltern und ist ebenso wie der Kindesunterhalt Ausdruck gelebter Familiensolidarität, die wir viel stärker fördern müssen.

Finanzierung der genannten Maßnahmen

Ausgehend von der grundgesetztreuen Erkenntnis, dass die Erhaltung des deutschen Volkes als obersten souverän und zugleich als wesentlichem Subjekt des Grundgesetzes Pflicht einer jeden Regierung ist, müssen wir zunächst festhalten, dass diese oberste Pflicht unter keinerlei finanziellem Vorbehalt zu stehen hat.

Die zur Erhaltung des Souveräns notwendigen Mittel sind im Zweifelsfall in allen anderen Bereichen des Haushalts freizumachen. Hierbei sind alle Formen der Sozialleistungen an das eigene Volk zu schonen. Die Gelder sind im Wesentlichen zu entnehmen aus Mitteln, die nicht

der eigenen Bevölkerung zu Gute kommen. Beispielhaft sind hier zu nennen, die Milliardenbeträge zur Rettung maroder europäischer Wirtschaftsstrukturen und jedwede Form von Sozial- und Transferleistungen für in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Staaten sowie deren Angehörige im Ausland.

Aus der wissenschaftlich fundierten Erkenntnis, dass Einwanderung mittel- und langfristig den derzeit vorhandenen dramatischen Mangel an Kindern nicht ausgleichen kann, folgt zwangsläufig, dass die bisher in die sogenannte Integration größtenteils nicht integrationswilliger/-fähiger Zuwanderer investierten Milliardenbeträge zur Förderung eigener Kinder eingesetzt werden können und müssen.

Das Problem der Integration von Einwanderern ist im Gegenzug nicht durch die Zuführung gewaltiger Geldmittel zu lösen, sondern durch eine Auswahl der Einwanderer nach Qualifikation und Integrierbarkeit. Hierbei sind die Erfahrungen der zurückliegenden Jahrzehnte mit den unterschiedlichen Einwanderergruppen auf der Grundlage wissenschaftlicher Auswertungen zu nutzen. Die Einwanderung von Menschen, die sich in der Vergangenheit als schwer oder gar nicht integrierbar erwiesen haben, hat zu unterbleiben.